

**Sicherheitsrat**

Verteilung: Allgemein
15. Dezember 2010

Resolution 1956 (2010)

**verabschiedet auf der 6450. Sitzung des Sicherheitsrats
am 15. Dezember 2010**

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Iraks vom 8. Dezember 2010 an die Präsidentin des Sicherheitsrats, das dieser Resolution als Anlage beigefügt ist,

anerkennend, dass sich in Irak positive Entwicklungen vollzogen haben und sich die in dem Land herrschende Lage erheblich von der unterscheidet, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) bestand, *anerkennend*, dass sich die irakischen Institutionen verfestigen, und ferner *anerkennend*, wie wichtig es ist, dass Irak wieder den internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) innehatte,

unter Begrüßung des Schreibens des Ministerpräsidenten Iraks, in dem dieser die Entschlossenheit der Regierung Iraks bekräftigt, keine weiteren Verlängerungen der Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak zu beantragen, und *anerkennend*, dass der Ministerpräsident Iraks in seinem Schreiben außerdem die Entschlossenheit der Regierung bekräftigt, zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus Erdölverkäufen weiterhin gerecht und im Interesse des irakischen Volkes verwendet werden und dass die Übergangsregelungen im Einklang mit der Verfassung und den internationalen bewährten Verfahren in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftslegung und Integrität stehen,

in Anerkennung der bedeutenden Rolle, die dem Entwicklungsfonds für Irak und dem Internationalen Überwachungsbeirat sowie den Bestimmungen in den Ziffern 20 und 22 der Resolution 1483 (2003) zukommt, wenn es darum geht, der Regierung Iraks dabei behilflich zu sein, die transparente und verantwortliche Nutzung der Ressourcen des Landes zum Wohl des irakischen Volkes zu gewährleisten, sowie betonend, dass Irak den Übergang zu Nachfolgeregelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat abschließen muss,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die in Ziffer 20 der Resolution 1483 (2003) getroffenen Regelungen für die Einzahlung der Erlöse aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas in den Entwicklungsfonds für Irak und die in Ziffer 12 der Resolution 1483 (2003) und Ziffer 24 der Resolution 1546 (2004) getroffenen Regelungen für die Überwachung des



Entwicklungsfonds für Irak durch den Internationalen Überwachungsbeirat mit dem 30. Juni 2011 aufzuheben, und beschließt ferner, dass vorbehaltlich der in Ziffer 27 der Resolution 1546 (2004) vorgesehenen Ausnahme die Bestimmungen in Ziffer 22 der Resolution 1483 (2003) bis zu dem genannten Datum weiter Anwendung finden, auch im Hinblick auf die in Ziffer 23 der Resolution 1483 (2003) beschriebenen Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen;

2. *begrüßt und billigt* den Beschluss der Regierung Iraks, keine weiteren Verlängerungen der Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak zu beantragen, und beschließt ferner, dass dies die letztmalige Verlängerung der Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak ist;

3. *beschließt*, dass die Bestimmung in Ziffer 20 seiner Resolution 1483 (2003), wonach alle Erlöse aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas aus Irak in den Entwicklungsfonds für Irak einzuzahlen sind, nach dem 30. Juni 2011 keine Anwendung mehr findet, bekräftigt, dass die Bestimmung in Ziffer 21 seiner Resolution 1483 (2003), wonach 5 Prozent der Erlöse aus allen Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas in den im Einklang mit Resolution 687 (1991) und späteren Resolutionen geschaffenen Entschädigungsfonds einzuzahlen sind, weiter Anwendung findet, und beschließt ferner, dass 5 Prozent des Wertes aller nichtmonetären Zahlungen in Form von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas an Dienstleister in den Entschädigungsfonds einzuzahlen sind und dass, sofern die Regierung Iraks und der Verwaltungsrat der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen, in Wahrnehmung seiner Befugnisse in Bezug auf die Methoden zur Gewährleistung von Zahlungen an den Entschädigungsfonds, nichts anderes beschließen, diese Bestimmungen für die Regierung Iraks verbindlich sind;

4. *fordert* die Regierung Iraks *auf*, eng mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, um bis zum 30. Juni 2011 oder früher den vollständigen und wirksamen Übergang zu einem Nachfolgemechanismus für den Entwicklungsfonds abzuschließen, der den Auflagen des Internationalen Währungsfonds im Zusammenhang mit Bereitschaftskreditvereinbarungen Rechnung trägt, Vorgehensregeln für externe Prüfungen enthält und sicherstellt, dass Irak seinen Verpflichtungen nach Ziffer 21 der Resolution 1483 (2003) auch künftig nachkommt, und ersucht die Regierung Iraks ferner, dem Rat spätestens am 1. Mai 2011 einen schriftlichen Bericht über die beim Übergang zu einem Nachfolgemechanismus für den Entwicklungsfonds erzielten Fortschritte vorzulegen;

5. *verfügt*, dass die gesamten Einnahmen aus dem Entwicklungsfonds für Irak auf das Konto oder die Konten der Nachfolgeregelungen der Regierung Iraks übertragen werden und dass der Entwicklungsfonds für Irak spätestens am 30. Juni 2011 aufgelöst wird, und verlangt eine schriftliche Bestätigung an den Rat, sobald die Übertragung und die Auflösung abgeschlossen sind;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat laufend alle sechs Monate schriftliche Berichte über den Entschädigungsfonds der Vereinten Nationen vorzulegen, in denen die fortgesetzte Einhaltung der Bestimmungen in Ziffer 21 der Resolution 1483 (2003) bewertet wird, den ersten davon spätestens am 1. Januar 2012;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Anlage**Schreiben des Ministerpräsidenten Iraks vom 8. Dezember 2010
an die Präsidentin des Sicherheitsrats**

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 13. Dezember 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem ich feststellte, dass die Regierung Iraks im Jahr 2010 geeignete, mit der Verfassung im Einklang stehende Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat treffen werde, um zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus Erdölverkäufen weiterhin gerecht und im Interesse des irakischen Volkes und im Einklang mit internationalen bewährten Verfahren in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftslegung und Integrität verwendet werden.

Gemäß Resolution 1905 (2009) des Sicherheitsrats legte die Regierung Iraks in ihrem ersten vierteljährlichen Bericht den erforderlichen Maßnahmen- und Zeitplan für den Übergang zu den Nachfolgeregelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat vor. Später legte sie ihren zweiten und dritten Bericht über die erzielten Fortschritte vor. Der dritte Bericht enthielt Einzelheiten darüber, welche Teile des Maßnahmenplans vollständig umgesetzt waren und welche noch nicht. Erwähnt wurden auch die Situation in Irak und die Tatsache, dass die Verzögerung bei der Bildung einer neuen Regierung nach den am 7. März 2010 abgehaltenen Parlamentswahlen in verschiedener Weise die Fähigkeit der staatlichen Institutionen beeinträchtigte, rasch und wirksam im Hinblick auf die umfassende Umsetzung des Maßnahmenplans tätig zu werden.

Aus diesen Gründen und um die Sicherstellung der umfassenden Umsetzung des Maßnahmenplans und eines reibungslosen Übergangs zu den Nachfolgeregelungen zu ermöglichen, benötigt die Regierung Iraks noch einmal die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Sie hofft daher, dass der Sicherheitsrat die Immunität des Entwicklungsfonds für Irak auf der Grundlage der in Resolution 1483 (2003), Ziffer 20, des Sicherheitsrats vorgesehenen Regelungen ein weiteres und letztes Mal um sechs Monate verlängern wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben so schnell wie möglich an die Mitglieder des Rates weiterleiten und der Resolution über Irak, die derzeit ausgearbeitet wird, als Anlage beifügen würden.

(gezeichnet) Nuri Kamel **al-Maliki**
Ministerpräsident der Republik Irak
Bagdad, Dezember 2010